

BBC PF, 19.1.02; Petra-JNA online, 18.1.02, nach BBC PF, 19.1.02) -kg-

## 8 Wanzen in Jiangs Jet

Am 19. Januar ließ die *Financial Times* eine Bombe platzen – hätte man annehmen können. Die Zeitung berichtete unter Berufung auf chinesische Behördenvertreter, im neuen Präsidentenflugzeug für Jiang Zemin, dass von Boeing hergestellt und von einer weiteren Firma in den USA mit der präsidentengerechten Sonderausstattung versehen worden war, seien elektronische Wanzen gefunden worden.

Das Befremdliche an dieser Meldung ist jedoch, dass es sich dabei um einen Vorfall handelte, der schon gut drei Monate zurückliegt. Es heißt, nach der Auslieferung des Flugzeugs an China im September des vergangenen Jahres hätte man auf einem Testflug einen Pfeifton bemerkt und daraufhin in einer eingehenden Untersuchung die Wanzen entdeckt. Insgesamt wurden offenbar 27 dieser elektronischen Hightech-Abhörgeräte u.a. in den Polsterungen des Präsidentenbettes sowie im Bad an Bord der Boeing 767 gefunden.

Weder vom chinesischen Außenministerium noch seitens des Verteidigungsministeriums war zu den Zeitungsberichten ein Kommentar zu erhalten. Der amerikanische Außenminister Colin Powell erklärte jedoch in diesem Zusammenhang, die chinesische Seite habe in keinem der in der Zwischenzeit stattgefundenen bilateralen Gespräche den Wanzenfund thematisiert.

Nach Zeitungsangaben handelte es sich bei den elektronischen Lauschgeräten an Bord des Präsidentenflugzeugs um extrem kleine Hochtechnologiegeräte, die das Erlauchte über eine Satellitenverbindung senden. Die Miniwanzen besäßen eine Qualität, die im Handel nicht aufzutreiben sei, hieß es weiter unter Berufung auf chinesische Quellen.

Beobachter hielten es für unwahrscheinlich, dass die Geräte in den USA von Vertretern der amerikanischen „Firma Guck und Horch“ installiert worden sein könnten, da China zum Zwecke der Verhinderung derartiger geheimdienstlicher Attacken extra ein Überwachungsteam abgestellt hat-

te, das die gesamten Arbeitsabläufe an der Maschine bei Boeing und während des Einbaus der Sonderausstattung überwacht hatte. Abhörattacken gehörten zum Standardrepertoire der gegenseitigen Ausspähung durch die Geheimdienste. Man sei deshalb auf derartige Versuche sowohl psychologisch als auch hinsichtlich der Abwehr derselben vorbereitet.

Auch in den USA hieß es aus Militärkreisen, die in den Medien geschilderte Art der Entdeckung deute nicht auf amerikanisches Material hin. Man könne sich nicht vorstellen, dass amerikanische Wanzen sich durch die Aussendung hochfrequenter Pfeiftöne verorten hätten.

Gegenüber den USA war die chinesische Regierung denn auch auffällig bemüht, den Vorgang herunterzuspielen. Keine Beschwerde, kein Kommentar. In den Medien in China war über den Fund ebenfalls nie berichtet worden. Beobachter nehmen in diesem Zusammenhang an, dies sei darauf zurückzuführen, dass der chinesischen Regierung eine öffentliche Empörung und die daraus mit Sicherheit resultierende erhitzte nationalistische und antiamerikanische Debatte im Vorfeld des Besuchs von US-Präsident Bush im Februar mehr als ungelogen käme.

Während auf der einen Seite gemutmaßt wird, China habe sich die Beschwerde über den Vorfall als kleines As im Ärmel für die Gespräche zwischen Bush und der chinesischen Regierung aufgehoben, um auf diese Weise die amerikanische Seite zu Zugeständnissen zu bewegen, zu denen sie ansonsten wohl nicht bereit wäre, traten auf der anderen Seite die Anhänger innerchinesischer Verschwörungstheorien auf den Plan. So hieß es – wiederum primär in englischsprachigen Medien – aus berufenem Munde in China sei verlautbart worden, es können sich bei den Wanzen auch um chinesische handeln. Im Zusammenhang mit der sich zuspitzenden Nachfolgedebatte und dem näherrückenden Abtritt der jetzigen Führergeneration wurde unter Bezugnahme auf die Erinnerungen seines Leibarztes darauf hingewiesen, auch Mao Zedong sei in einer vergleichbaren Phase abgehört worden.

Unklar blieb auch, ob die Inhaftierung von Angehörigen des mit dem An-

kauf der Präsidentenmaschine betrauten chinesischen Unternehmens China Air Supply Import & Export Corp. mit engen Verbindungen zum Militär im Zusammenhang mit dem Wanzenfund oder mit dem Vorwurf der ungerechtfertigten Bereicherung durch überhöhte Preisforderungen für die Sonderausstattung des Flugzeugs stand.

Die für den 30. Jahrestag des historischen Besuchs von US-Präsident Nixon in China terminierte Reise von US-Präsident Bush am 21. und 22. Februar dieses Jahres werde planmäßig und unbelastet stattfinden, hieß es sowohl aus dem chinesischen als auch aus dem amerikanischen Außenministerium. (FT, 19.1., 21.1., 23.1.02; HB, 21.1.02; FAZ, 23.1.02; NZZ, 21.1., 22.1.02; IHT, 22.1., 28.1.02; AFP, 19.1.02, nach FBIS, 22.1.02; AFP, 20.1.02, nach FBIS, 22.1.02; AFP, 22.01.02, nach FBIS, 23.1.02; Xinhua, 12.1.02, nach BBC PF, 13.1.02; WSJ, 21.1., 23.1.02) -kg-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 9 Neue „Evidenz“ für Vernetzung ostturkestanischer Kräfte in Xinjiang mit internationalem Terrorismus vorgelegt

Seit Oktober 2001 hat die chinesische Regierung in internationalen Presseberichten wiederholt auf Kontakte zwischen separatistischen Kräften in Xinjiang und internationalen Terrorismusnetzwerken hingewiesen (C.a., 2001/10, Ü 8, 2001/11, Ü 8, 2001/12, Ü 11). Den bisher ausführlichsten Bericht über terroristische Verflechtungen „ostturkestanischer“ Gruppierungen Xinjiangs mit den militanten Organisationen Osama Bin Ladens und der Taliban-Regierung legte der chinesische Staatsrat am 21. Januar vor, knapp einen Monat vor dem erwarteten Staatsbesuch des US-amerikanischen Präsidenten Bush in China.

Der Bericht beginnt mit einem historischen Rückblick über die Ursprünge der ostturkestanischen Bewegung in Xinjiang, der darauf abzielt, die Legitimität des chinesischen Herr-

schaftsanspruchs über die nordwestliche Region zu belegen. In der Folge wartet der Bericht mit einer langen rein deskriptiven Aneinanderreihung von Fällen gewaltsamer Übergriffe von Mitgliedern verschiedener ostturkestanischer Gruppierungen in Xinjiang auf. So seien seit Beginn der 1990er Jahre über 200 terroristische Anschläge, darunter Sprengstoffanschläge, politische Morde, Angriffe auf Polizeistationen und Regierungsbehörden sowie gezielt geplante lokale Unruhen und Aufstände zu verzeichnen gewesen. Insgesamt hätten diese Anschläge 162 Todesopfer und ein Mehrfaches an Verletzten gefordert. Soweit aus dem Bericht hervorgeht, galten die Anschläge nicht nur Han-Chinesen, sondern in vielen Fällen auch Angehörigen der in Xinjiang lebenden ethnischen Minderheiten, insbesondere religiösen Führern islamischer Einrichtungen, Vertretern der staatlich kontrollierten „Islamischen Vereinigung Chinas“ sowie Bediensteten in Partei- und Regierungsorganen der Region.

Ebenfalls bis 1990 zurück reichen die im Bericht aufgeführten Hinweise auf geheime Trainingslager in entlegenen Teilen der Region Xinjiang, in denen insgesamt über 200 militante muslimische Untergrundkämpfer ausgebildet worden sein sollen. In zahlreichen unterirdischen Anlagen habe die chinesische Polizei große Mengen an Waffen und Sprengstoffmaterialien sichergestellt.

„Umfangreiche Evidenz“ gebe es dafür, dass die Mehrzahl der seit 1998 verzeichneten terroristischen Anschläge in Xinjiang von ostturkestanischen Kräften außerhalb Chinas, die „mit einer Handvoll von Personen“ in Xinjiang zusammengearbeitet hätten, geplant und angeleitet worden seien. So werde insbesondere die „Islamische Bewegung Ostturkestans“ unter der Führung eines gewissen Hasan Mahsum von Osama Bin Laden „direkt gesteuert“. Im Verein mit Terrorismusnetzwerken in Zentralasien und im westlichen Asien (gemeint ist wohl die Türkei) habe Bin Laden diese „Islamische Bewegung Ostturkestans“ seit 1998 mehrfach in ihrem „Heiligen Krieg“ für die Schaffung eines theokratischen islamischen Staates auf dem Territorium Xinjiangs finanziell und materiell unterstützt.

Anfang 1999 sei Bin Laden persönlich mit Hasan Mahsum zusammengetroffen, um ihn dazu zu bewegen, alle Vorhaben eng mit der „Islamischen Befreiungsbewegung Usbekistans“ und den Taliban abzustimmen; dabei habe er auch finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt. Im Februar 2001 sei die Ausbildung ostturkestanischer Terroristen Gegenstand eines Treffens zwischen Anhängern Bin Ladens und Taliban-Vertretern in Kandahar gewesen. Hier sei beschlossen worden, für das gesamte Jahr 2001 einen hohen Geldbetrag für deren Operationen bereitzustellen. Ferner seien der „Islamischen Bewegung Ostturkestans“ große Mengen an Waffen, Munition, Transportmittel und Telekommunikationsausrüstungen zur Verfügung gestellt worden.

Hasan Mahsum selbst habe aus den Reihen von „Kriminellen, religiösen Extremisten und nationalen Separatisten“ Kandidaten für die Ausbildung in afghanischen Trainingslagern ausgewählt. Nach Abschluss der Ausbildung in Kandahar, Mazar-i-Sharif und anderen Orten seien die ostturkestanischen Unabhängigkeitskämpfer in geheimer Mission nach China zurückgeschickt worden, wo sie sich an der Organisation und Durchführung terroristischer Anschläge beteiligen hätten. Andere hätten sich den Taliban-Kämpfern in Afghanistan oder den tschetschenischen Kämpfern in Russland angeschlossen.

Als weitere international vernetzte „terroristische“ Organisationen Xinjiangs nennt der Bericht neben der „Islamischen Bewegung Ostturkestans“ auch die „Organisation zur Befreiung Ostturkestans“ und die Gruppe der „Islamischen Heiligen Krieger“.

Der Bericht endet mit der Warnung, dass die Mitglieder der „terroristischen Organisationen“ gegenwärtig aus Afghanistan in die umgebenden süd-, zentralasiatischen Staaten sowie in den Mittleren Osten verlagert würden, um ihre Kräfte zu bewahren, während die ostturkestanischen Kräfte in Xinjiang vorübergehend in den Untergrund abgewandert seien. Den von westlichen Seite erhobenen Vorwurf einer Unterdrückung der uighurischen und anderer ethnischer Minderheiten unter dem Vorwand der internationalen Terrorbekämpfung weisen die Au-

toren entschieden zurück. Die Maßnahmen der chinesischen Regierung richteten sich einzig gegen kriminelle Aktivitäten terroristischer Gewaltanwendung. Das Verhalten Chinas dürfe nicht mit einem anderen Maßstab gemessen werden als das Verhalten der internationalen Anti-Terror-Koalition.

Die Glaubwürdigkeit des Berichts ist dadurch stark eingeschränkt, dass er nicht erlaubt, die vorgebrachte „Evidenz“ nachzuvollziehen. Die zahlreichen Fälle werden cursorisch und anonym, ohne Nennung von Quellen und ohne Spezifizierung der im Ermittlungsprozess tätigen staatlichen Organe oder anderweitiger Akteure aneinandergereiht. Damit ist nicht erkennlich, inwieweit die Darstellung mehr als eine journalistische Verknüpfung von Einzelmeldungen über Aktivitäten militanter Gruppen in Zentralasien darstellt, wie sie in den vergangenen Jahren auch in den internationalen Medien zu finden waren. In keinem Fall kann der Bericht in dieser Form beanspruchen, juristisch erhärtete Evidenz zu liefern.

Unterdessen wurden die parteistaatlichen Kontrollmaßnahmen in Xinjiang weiter intensiviert. Neben islamischen Religionsführern, die bereits in den vergangenen Wochen zu Tausenden politisch und ideologisch geschult worden waren, werden seit Jahresbeginn auch Journalisten und Schriftsteller in Xinjiang verstärkter ideologischer Kontrolle unterzogen. Als konkreter Anlass wurde im lokalen Rundfunk ein Vorfall vom 1. Januar benannt, als ein arbeitsloser Mann uighurischer Abstammung am Rande eines Neujahrskonzertes in Urumqi vor versammeltem Publikum ein von ihm selbst verfasstes Gedicht mit separatistischem Gedankengut rezitierte. Die Parteiführung Xinjiangs habe daraufhin die zuständigen staatlichen Behörden aufgefordert, unter Journalisten, Schriftstellern und Künstlern eine gründliche anti-separatistische Erziehungskampagne durchzuführen, um ähnliche Vorfälle in Zukunft zu verhindern.

Aus dem Bezirk Yili an der Grenze zu Kasachstan wurde außerdem bekannt, dass nicht nur religiöse Aktivitäten im engeren Sinne, sondern auch kulturelle und volksreligiöse Sitten und Gebräuche muslimischer Bevölkerungsteile unter intensivere be-

hördliche Kontrolle gestellt worden sind. Insbesondere Hochzeiten, Begräbnisse, Beschneidungen und andere Rituale stünden unter verstärkter Überwachung; Angehörige von Partei- und Regierungsorganen müssten offizielle Erlaubnis einholen, bevor sie an solchen Ereignissen teilnahmen.

Die Bemühungen der parteistaatlichen Organe, immer weitere Bereiche des religiösen, kulturellen und allgemeinen gesellschaftlichen Lebens der muslimischen Bevölkerung zu kontrollieren, weist zunehmend Kennzeichen einer eskalierenden Dynamik auf, die befürchten lässt, dass in Xinjiang einer Verbreitung islamistischer Tendenzen und einer Radikalisierung separatistischer Gruppen Vorschub geleistet wird. (Xinhua, 11., 21.1.02, nach FBIS, 11., 21.2.01; Xinjiang People's Broadcasting Station, Urumqi, 12.1.02, nach BBC PF, 12.1.02; Xinjiang Television, Urumqi, 16.1.02, nach BBC PF, 16.1.02; SCMP, 9.1.02; AWSJ, 22.1.02; FT, 22.1.02) -hol-

## 10 Chinesischer Wahlkampf: Hu Jintao gegen Zeng Qinghong

Die Vorbereitungen für den im Herbst 2002 geplanten XVI. Parteitag der KP Chinas laufen schon seit mehr als einem Jahr, und im Großen und Ganzen scheint die Nachfolgeproblematik seit langem geklärt zu sein. Jiang Zemin, Li Peng und Zhu Rongji sollen ihre Ämter abgeben; Hu Jintao soll der offizielle Nachfolger Jiangs als Generalsekretär der Partei und vielleicht auch als Staatspräsident werden.

Obwohl dieses Arrangement nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird und Hu Jintao auch in Medienberichten – wie bei seinem Europabesuch im vergangenen Herbst (vgl. C.a., 2001/11, S.1205-1210) – immer mehr in den Vordergrund gerückt wird, gab es in den letzten Monaten dennoch wiederholt Verwirrung und Irritationen. So wurde z.B. berichtet, dass Jiang nicht alle Posten abgeben wolle, sondern – wie früher Deng Xiaoping – den Vorsitz der Militärkommission behalten würde. Dann tauchten von konservativer Seite Gerüchte auf, dass auch Li Peng nicht ganz abtreten wolle, sondern gern Staatspräsident werden würde. Schließlich hieß es

in reformfreudigen Kreisen, dass Zhu Rongji noch nicht zu lange im Amt sei und eigentlich noch etwas länger Ministerpräsident bleiben könnte.

Parallel dazu werden immer mehr Gerüchte und kritische Berichte über diese Spitzenpolitiker, ihre Verwandten und Vertrauten verbreitet. In Exilkreisen im Ausland – vor allem in den Vereinigten Staaten – gibt es weiterhin Bemühungen, Jiang Zemin zu diskreditieren, um ihn zur Aufgabe aller Ämter zu zwingen – schon die Veröffentlichung des Buchs *Die Tiananmenakte (The Tiananmen Papers)* im vergangenen Jahr sollte diesem Ziel dienen. In Beijing tauchten im letzten Dezember Korruptionsvorwürfe in Bezug auf Li Peng und seine Frau auf, die durch ein ungewöhnliches Interview ihrerseits dementiert wurden; im Januar gab es dann Protestaktionen gegen Li Pengs Sohn, Li Xiaopeng, der in einen Finanzskandal verwickelt ist. Die überraschende Abberufung des reformistischen Shanghai Bürgermeisters Xu Kuangdi, der der Verlierer in der Auseinandersetzung mit dem Jiang Zemin nahe stehenden Shanghai Parteisekretär Huang Ju zu sein schien, wird u.a. auch als Angriff auf Zhu Rongji interpretiert. Ähnliches gilt für den Fall des Bankdirektors Wang Xuebing in diesem Januar (vgl. C.a., 2001/12, Ü 9, Übersicht unten).

Gleichzeitig bemüht sich Jiang offenbar, „seinen Mann“ Zeng Qinghong zu stärken und damit die Position Hu Jintaos zu schwächen, wobei noch unklar ist, welche Posten Zeng bekommen könnte; Li Peng unterstützt vor allem Luo Gan, während Zhu Rongji sich für Wen Jiabao einsetzt.

Die genannten Beispiele zeigen, dass keineswegs ein harmonischer Konsens herrscht, und dass im nächsten halben Jahr mit weiteren Überraschungen zu rechnen ist. Auch bei den beiden vergangenen Parteitagen gab es viele unvorhergesehene Veränderungen wie die plötzlichen Abschiede von Qiao Shi im Jahr 1997 und Yang Baibing im Jahr 1992. (WSJ, 3.1.02; SCMP, 10.1., 15.2.02) -tk-

## 11 Neue Studie über die chinesische Gesellschaftsstruktur erschienen

Zu Beginn des Jahres ist in Beijing ein im Auftrag des Staatsrats erstellter Bericht der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften mit dem Titel *Forschungsbericht über die sozialen Schichten im gegenwärtigen China* erschienen. Der Bericht basiert auf einer Untersuchung, an der Hunderte von Mitarbeitern mit Hilfe von mehr als 10.000 Fragebögen und 1.000 Interviews mehr als drei Jahre gearbeitet hatten.

Im Gegensatz zu früheren Veröffentlichungen wird darin nicht mehr von zwei Klassen (Arbeitern, Bauern) und einer Schicht (Intellektuelle), sondern von zehn sozialen Schichten gesprochen; dazu gehören u.a. Beamte, Manager, Privatunternehmer, Techniker und Arbeitslose. Ein – auch außerhalb Chinas – mit großem Interesse verfolgtes Thema ist das Wachstum der „Mittelklasse“, der inzwischen etwa 100 Millionen Chinesen zugerechnet werden: Nach chinesischen Schätzungen könnte die Zahl in den kommenden zehn Jahren auf 400 bis 500 Millionen wachsen, was auch weitreichende politische Konsequenzen hätte.

In dem Bericht wird außerdem auf die sozialen Folgen regionaler Ungleichheit und die Gefahr von sozialen Unruhen hingewiesen. (*The Straits Times*, 15.12.01; *The Economist*, 19.1.02; FAZ, 5.2.02) -tk-

## 12 Zeng Qinghong und die neuen politischen Reformbemühungen in Shenzhen

Ende Januar wurde bekannt, dass es in Beijing Pläne gibt, in Shenzhen „begrenzte“ politische Reformen zu testen. Bemerkenswert ist vor allem, dass Zeng Qinghong, einer der engsten Vertrauten des Generalsekretärs Jiang Zemin, hierfür verantwortlich sein soll. Zeng, gegenwärtig Leiter der Organisationsabteilung des ZK und Kandidat des Politbüros, hat gute Aussichten, beim kommenden Parteitag weiter aufzusteigen. Allerdings galten weder Jiang noch Zeng bisher als Befürworter von politischen Reformen.

Soweit bekannt, sind Gewaltenteilung und öffentliche Überwachung vorgese-

hen. Direkte Wahlen, mit denen in einigen kleineren Städten in den Provinzen Sichuan und Shanxi experimentiert wurde, sind offenbar nicht geplant. Im vergangenen Jahr hatte die Zentrale lokale Demokratisierungsversuche weitgehend verhindert. Die Ziele der neueren Bestrebungen sind vor allem größere Effizienz und Transparenz, jedoch nicht Demokratisierung. Außerdem hängen die Reformen eng mit der besonderen geographischen und ökonomischen Lage Shenzhens in der Nähe Hongkongs zusammen und sind nicht unbedingt als Vorbild für andere Städte gedacht. (BBC PF, 23.1.02; FBIS, 23.1.02) -tk-

### 13 Schriftsteller Wang Ruowang in New York gestorben

Der am 19. Dezember 2001 in New York im Alter von 83 Jahren verstorbene Schriftsteller und „Dissident“ Wang Ruowang wurde am 29. Dezember dort beerdigt. Mehrere hundert chinesische Intellektuelle und westliche Akademiker nahmen an einer Trauerfeier teil, die nachher als eine „Vollversammlung der Dissidenten im Exil“ bezeichnet wurde.

Wang Ruowang wurde am 18. März 1918 als Wang Shouhua in Wujin (Provinz Jiangsu) in der Nähe von Shanghai geboren; Ruowang war das bekannteste seiner zahlreichen Pseudonyme. In Shanghai beteiligte er sich bereits Anfang der dreißiger Jahre an der linken Jugendbewegung und verbrachte dann die Zeit von 1934 bis 1937 in einem KMT-Gefängnis. Nach seiner Freilassung ging er nach Yan'an und trat der KP bei. In den folgenden Jahren arbeitete er in Xi'an, Baoji und Shandong vor allem als Journalist für die Partei.

Ab 1949 war er als Journalist und Propagandakader in Shanghai tätig und veröffentlichte gleichzeitig literarische Werke. Schon 1956, d.h. vor Beginn der „Anti-Rechts-Kampagne“, soll er u.a. wegen kritischer Veröffentlichungen seine Stelle verloren haben. 1957 wurde er – wie viele „Rechtsabweichler“ – aus der Partei ausgeschlossen, 1960 rehabilitiert. In der Kulturrevolution wurde Wang noch einmal für mehrere Jahre eingesperrt, 1979 wieder rehabilitiert.

Kurz nach dem Sturz von Hu Yaobang im Januar 1987 wurde Wang Ruowang (mit Fang Lizhi und Liu Binyan) aus der Partei ausgeschlossen. Im April 1989 veröffentlichte er – wenige Tage nach dem Tod Hu Yaobangs – einen sehr kritischen *Offenen Brief an Deng Xiaoping*, beteiligte sich in Shanghai an mehreren Demonstrationen und wurde noch einmal für ein Jahr inhaftiert. Er konnte dann aber 1992 – gemeinsam mit seiner Frau Yang Zi – China verlassen und ließ sich in den USA nieder. Er arbeitete zeitweilig an der Columbia Universität und versuchte gleichzeitig, die zerstrittenen Exildissidenten zusammen zu bringen, hatte damit jedoch wenig Erfolg.

Ab 1987 wurden in Hongkong und Taiwan verschiedene Sammlungen seiner Werke veröffentlicht. 1991 erschienen in Hongkong die ersten Bände einer umfangreichen Autobiographie (*Wang Ruowang zizhuan*). Eines seiner bekanntesten Bücher (*Ji'e sanbuqu*) erschien 1991 unter dem Titel *Hunger Trilogy* in einer amerikanischen Ausgabe.

Zu Wangs Beerdigung erschienen u.a. Liu Binyan, Fang Lizhi, Liu Qing, Wang Dan und Wei Jingsheng. Nach Presseberichten wurde eine in Shanghai geplante Gedenkfeier von offizieller Seite verhindert. (IHT, 16.1.02; ZM 1/2002; *The Guardian*, 9.2.02; vgl. auch H. Martin, I. Schilling: *Stimmen der Opposition*, Bochum, 1995) -tk-

### 14 Journalist Wang Ruoshui in Boston gestorben

Am 9. Januar ist der bekannte Journalist und Philosoph Wang Ruoshui im Alter von 75 Jahren in Boston gestorben. Er lebte dort mit seiner Frau, Feng Yuan, die gegenwärtig Stipendiatin der Harvard Universität ist.

Wang Ruoshui, der mit Wang Ruowang nicht verwandt war, arbeitete mehrere Jahrzehnte bei der *Volkszeitung*, dem Zentralorgan der KP, von 1978 bis 1983 als stellvertretender Chefredakteur. Er war lange Zeit überzeugter Kommunist und Anhänger Mao Zedongs, unterstützte dann aber in den achtziger Jahren energisch den Reformkurs Hu Yaobangs und wurde schließlich wie Hu gestürzt.

Wang wurde 1926 geboren, studierte ab 1946 an der Universität Peking Philosophie und trat 1948 der KP bei. Im selben Jahr begann er für die *Volkszeitung* zu arbeiten, die seit 1949 die wichtigste Zeitung der Volksrepublik ist. Er war anfangs in der Redaktion für Theorie tätig und hatte direkten Kontakt mit Mao und Hu Yaobang. Seit den siebziger Jahren übernahm er außerdem Aufgaben im Nationalen Volkskongress, in der Disziplinarkontrollkommission der KP, in der Akademie für Sozialwissenschaften und an verschiedenen Universitäten. Schon 1981 wurde er wegen seiner Reformbemühungen von Deng Xiaoping heftig angegriffen, 1983 von der *Volkszeitung* entlassen und 1987 – wenige Monate nach dem Sturz Hu Yaobangs – schließlich aus der Partei ausgeschlossen. Trotz seiner kritischen Haltung vermied er eine offene Konfrontation mit der Parteiführung und konnte so in den folgenden fünfzehn Jahre wiederholt mit seiner Frau ins Ausland reisen. Er war mehrfach Gastprofessor in den Vereinigten Staaten (Harvard) und in Schweden (Lund). Wang war stark an Deutschland interessiert – er las Marx und Nietzsche im Original – und war sehr enttäuscht darüber, dass er während seines Europaaufenthalts kein Einreisevisum bekam.

Wang Ruoshui engagierte sich besonders in den Debatten um Entfremdung, Humanismus, Menschenrechte und Pressefreiheit. Neben zahlreichen Artikeln und (meist anonymen) Leitartikeln für die *Volkszeitung* veröffentlichte er auch mehrere Bücher über Philosophie. (*Boston Globe*, 11.1.02; *New York Times*, 14.1.02; IHT, 16.1.02; *Guardian*, 8.2.02) -tk-

### 15 Historiker Xu Zerong wegen „Verrats von Staatsgeheimnissen“ verurteilt

Am 17. Januar wurde in Shenzhen der 46-jährige Historiker Xu Zerong – im Westen auch als David Tsui bekannt – zu dreizehn Jahren Haft verurteilt, darunter zehn Jahre für den Verrat von Staatsgeheimnissen und drei Jahre für den illegalen Verkauf von (Hongkonger) Büchern in der Volksrepublik China. Xu war bereits im Sommer 2000 festgenommen worden und darf

te während der gesamten Haftzeit keine Besucher empfangen.

Der in Guangzhou aufgewachsene Xu Zerong hatte in Shanghai, Hongkong und Boston studiert und 1999 am St. Antony's College in Oxford im Fach Internationale Beziehungen promoviert. Nach seiner Rückkehr arbeitete er in Guangdong für die Akademie für Sozialwissenschaften und die Zhongshan Universität, besaß jedoch Hongkonger Papiere.

Bemerkenswert ist der Vorwurf, dass Xu „Staatsgeheimnisse“ über den Ausbruch des Koreakriegs (1950) verraten haben soll. Im Jahr 1992 soll er einige interne Dokumente hierzu kopiert und ins Ausland gebracht haben. Westliche Beobachter diskutierten daraufhin die Frage, ob nicht – ähnlich wie in Archiven – auch für solche „Geheimnisse“ 30- oder 50-Jahre Fristen gelten sollten. Im Übrigen liegt auch die „Tatzeit“ (1992) schon zehn Jahre zurück. Xu hatte als David Tsui u.a. im März 1999 in der Zeitschrift *Journal of Contemporary China* einen Artikel über den Koreakrieg veröffentlicht.

Inzwischen haben einige seiner Lehrer und Kollegen in Oxford sowie verschiedene Menschenrechtsorganisationen Hilfsaktionen initiiert. (Associated Press, 2.2.02; Reuters, 3.2.02) -tk-

## 16 Ex-Präsident der Bank of China in Korruptionsfall verwickelt

International großes Aufsehen löste im Januar die Abberufung von Wang Xuebing, dem General Manager der China Construction Bank und Ex-Präsidenten der Bank of China, wegen Korruption aus. Wang Xuebing galt als einer der prominentesten reformorientierten Vertreter der chinesischen Finanzwelt.

Amerikanische und chinesische Aufsichtsbehörden hatten seit Anfang des Jahres 2000 durch gemeinsame Ermittlungen dem ehemaligen Management der Bank of China Unstimmigkeiten im US-amerikanischen Kreditgeschäft während der 1990er Jahre nachgewiesen. In diesem Zeitraum hatte Wang leitende Positionen an der Bank of China inne, weshalb er in vielen Fällen verantwortlich gemacht wird. Die Untersuchungen um den

49-jährigen Bankier stellen nicht nur einen weiteren unter einer Reihe von bekannt gewordenen Korruptionsfällen dar, sondern sie zeigen auch strukturelle Probleme der VR China bei der Schaffung transparenterer nationaler Finanzinstitutionen.

Wang Xuebing begann nach seinem Abschluss an der Beijing University of International Business and Economics 1976 seine Berufslaufbahn bei der Bank of China. Bald wurde er in eine Niederlassung in London entsandt, wo er vor allem als Talent im Bereich der Devisenspekulation auffiel. Während seiner Tätigkeit in England und später in New York konnte er wichtige Kenntnisse über das Bank- und Finanzwesen in westlichen Wirtschaftsräumen gewinnen. Nachdem der unter Protektion Zhu Rongjis stehende Bankier 1993 zum Präsidenten der Bank of China berufen wurde, schaffte er es, die Finanzinstitution von einer Kreditvergabestelle für marode Staatbetriebe in die profitabelste der vier großen Banken Chinas zu verwandeln. Neben seiner Tätigkeit in der Bank hatte Wang internationale Positionen inne, wie z.B. Beratertätigkeiten am New Yorker Aktienmarkt und bei Daimler Chrysler oder den Vorsitz der China International Capital Corp., wo Morgan Stanley Dean Witter & Co. einen Minoritätsanteil hält. 1997 wurde er Kandidat des Zentralkomitees der KPCh.

Die Untersuchung des amerikanischen Kreditgeschäfts der Bank of China im Zeitraum zwischen 1991 und 1999, die Anfang 2000 vom US Treasury Department initiiert worden war, förderte verschiedene illegale Transaktionen zutage, darunter etwa die Abschreibung von Schulden im Wert von fast 18 Mio. USD für einen Kunden, der offensichtlich über gute Kontakte zum Bankmanagement verfügte. Die New Yorker Niederlassung der Bank vergab zudem 50 Mio. USD zu ungewöhnlich niedrigen Zinsen an einen Kunden. Dabei gestattete sie diesem auch, das Darlehen bei einem Schwesterunternehmen zu besseren Konditionen anzulegen, womit ein Verlust der Bank zugunsten des Kunden in Kauf genommen wurde; insbesondere für die letztere Transaktion soll Wang Xuebing persönlich verantwortlich gewesen sein. Unmittelbar nach Beginn der Untersuchungen, denen sich die Chi-

nesische Zentralbank umgehend anschloss, wurde Wang im Februar 2000 zur China Construction Bank versetzt. Ausländische Bankexperten vermuten in diesem Wechsel eine Maßnahme, um in der Bank of China Dokumentenfälschung oder -vernichtung durch das ehemalige Management zu verhindern.

Obwohl die gemeinsamen Untersuchungen von amerikanischen und chinesischen Behörden einen Erfolg in der internationalen Korruptionsbekämpfung darstellen, wird kritisiert, dass die chinesische Seite bei den Ermittlungsergebnissen wenig Transparenz gestattete. In Hongkonger Medien waren bereits seit 1995 wiederholt Berichte über Wang Xuebing's Beteiligungen an Korruption aufgetaucht, worauf chinesische Behörden aber offenbar erst nach dem Tätigwerden der amerikanischen Seite reagierten. (AWSJ, 21.1.02, China Online News, 14.1.02) -hol-

## 17 „Größter Korruptionsfall“ in der Geschichte Zhejiangs

Ende Januar wurde in der ostchinesischen Provinz Zhejiang ein Korruptionsskandal von angeblich historischem Ausmaß bekannt. Wie das Anti-Korruptionsbüro von Hangzhou bereits im März 2001 ermittelt hatte sind zwei hochrangige Funktionäre in den Fall verwickelt. Lin Li, der ehemalige stellvertretende Importmanager der Zhejiang Province Light Industrial Products Import and Export Co., hat angeblich mit dem Assistenzmanager des halbstaatlichen Unternehmens, Huang Lirong, zwischen 1992 und 1994 in zwanzig Fällen insgesamt 13,8 Mio. RMB in Fremdwährungen unterschlagen. Nach Bekanntwerden des Falles im März 2001 war Huang Lirong geflohen, konnte aber nach einigen Monaten gefasst werden.

Ebenso wurde bekannt, dass ein Polizeibeamter in derselben Provinz gelegenen Stadt Wenzhou vorrangig durch Bestechungsgelder ein Vermögen im Wert von 13 Mio. RMB angesammelt hat. Der 52-jährige ehemalige Leiter eines Polizeibüros, Wang Tianyi, wird als leidenschaftlicher Sammler von Antiquitäten und Gemälden charakterisiert, die neben Devisen als Anlageformen für die illegal erworbe-

nen Gelder dienten. Angeblich waren die Sicherheitsbehörden länger als ein Jahr mit den Ermittlungen beschäftigt, bis im September 2000 Wang Tianyi und zehn andere Verdächtige verhaftet wurden. Bereits zuvor war er von der Disziplinarkontrollkommission des lokalen Parteikomitees kontaktiert worden.

Nach offiziellen Angaben sind im Jahr 2001 auf den verschiedenen administrativen Ebenen landesweit 175.364 Personen durch Disziplinarkontrollkommissionen und andere durch Überwachungsorgane bestraft worden. Darunter sind 16 Funktionäre auf Ministerial- oder Provinzebene, 497 auf Bezirksebene und 6.076 auf Kreisebene. Insgesamt haben die Behörden im Jahr 2001 insgesamt 174.633 Korruptionsfälle aufgedeckt und konnten so in den ersten elf Monaten 250 Mio. RMB von korrupten Funktionären konfiszieren. Angehörige des Militärs sind in diese Angaben nicht eingeschlossen.

Der angesehenen Sozialwissenschaftler Hu Angang fordert indessen ein härteres Vorgehen gegen die Korruption. Er kritisiert, dass in Chinas derzeitigem System „hohe Erträge mit niedrigem Risiko“ eingefahren werden können. Deshalb sollen nach den Vorstellungen Hu Angangs die Kosten für Korruption erhöht werden. So fordert er eine Standardisierung in der Bestrafung, um zu verhindern, dass Funktionäre darauf rechnen, einer Verfolgung mit Glück zu entgehen. Der psychologische Druck sollte durch konsistente Androhung strafrechtlicher Verfolgung sowie durch gesellschaftliche Ächtung von Korruption erhöht werden. (Xinhua, 26.1.02, nach BBC PF, 26.1.02; Xinhua, 23., 25.1.02, nach FBIS, 23., 28.1.02; ZXS, 7.1.02, nach FBIS, 7.1.02) -hol-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 18 Drei Strategien für Wissenschaft und Technik

Wie immer zu Beginn eines neuen Jahres fand auch im Januar 2002 eine

nationale Arbeitskonferenz für Wissenschaft und Technik statt, auf der die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit und die Aufgaben für das neue Jahr zur Sprache kamen. In diesem Jahr stand die Konferenz ganz im Zeichen des WTO-Beitritts der VR China. Wie Wissenschaftsminister Xu Guanhua in seinem Bericht erläuterte, bedeute der WTO-Beitritt neue Chancen, aber auch Herausforderungen und Nachteile für die chinesische Wissenschaft. Insgesamt jedoch würden die Vorteile überwiegen, während den Herausforderungen offensiv begegnet werden müsse. Zu diesem Zweck propagierte er drei Strategien:

Erstens gelte es eine Strategie des Wettbewerbs um die besten Fachkräfte anzuwenden, die man für die großen Projekte benötige. Dabei müsse man zielgerichtet um Top-Leute aus dem Ausland werben, einschließlich hochqualifizierter „Gruppen“. Gedacht ist hier offensichtlich vor allem an jüngere Wissenschaftler und Techniker, die im Ausland studiert haben und dort in Spitzenpositionen tätig sind. Sie sollen verstärkt zur Rückkehr nach China bewegt werden, denn von ihnen erhofft man sich innovative Forschung. Zugleich aber soll aktiv Nachwuchsförderung betrieben werden, wobei das Bewertungssystem reformiert werden soll. Für die Bewertung begabter junger Wissenschaftler sollen vor allem die Leistungen und die Ausbildung im Rahmen staatlicher Wissenschaftspläne und -projekte herangezogen werden. Zudem will man eine bessere Personalverwaltung durchsetzen, bei der Wissenschaftler nach ihren Forschungsthemen registriert sind. Außerdem sollen der Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten für Wissenschaft und Technik erhöht und weitere Anreize geschaffen werden.

Die zweite Strategie betrifft Patente und Urheberrechte, die verstärkt geschützt werden sollen. Noch wichtiger aber ist nach Ansicht des Ministers die Erhöhung der Fähigkeit, Patente und Urheberrechte zu schaffen, zu schützen und anzuwenden. Staatliche Projekte im Rahmen der Wissenschaftspläne müssen diese Aufgaben verantwortungsvoll übernehmen. Im Wissenschaftsmanagement muss Patenten eine größere Bedeutung beigemessen werden, insbesondere bei der Bewertung eines Wissenschaftlers. Vor

Beginn neuer Projekte müssen die Kosten für Patente einkalkuliert und die in- und ausländischen Patente berücksichtigt werden.

Bei der dritten Strategie geht es um die Aufstellung technischer Standards. Um den Anforderungen der WTO zu genügen, soll so schnell wie möglich ein in ganz China geltendes System von Standards aufgebaut werden, das es bislang nicht gibt. Dies sei wichtig, um die eigenen Interessen zu wahren. Zum einen will China international mitreden, wenn es um technische Standards geht, zum anderen will man die Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Industrie erhöhen. Dazu seien internationale Standards unerlässlich, heißt es.

Xu Guanhua rief Wissenschaft und Technik dazu auf, in der Übergangszeit nach dem Beitritt zur WTO Anstrengungen zu unternehmen, Durchbrüche bei wichtigen technischen Projekten zu erzielen und diese umzusetzen. Dies gelte im Besonderen für die zwölf Schlüsselprojekte, darunter integrierte Schaltkreise plus Software, Sicherheit in der Informationstechnologie, elektronische Verwaltung und elektronischer Zahlungsverkehr, funktionale Genentschlüsselung, Biochips, elektrisch betriebene Autos, neue Medikamente und Modernisierung traditioneller Medikamente. (Vgl. GMRB, 10.1.02)

Die Ausführungen des Wissenschaftsministers machen einmal mehr deutlich, dass die chinesische Regierung Wissenschaft und Technik mit allen Mitteln voranzutreiben versucht. Die entwickelten Strategien müssen mit Nachdruck umgesetzt werden. Dies wird allerdings nicht einfach sein. Zum einen werden Urheberrechte immer noch zu wenig respektiert, zum anderen ist die chinesische Forschung noch zu wenig innovativ. Zwar gibt es hervorragende Wissenschaftler, die in den Naturwissenschaften und technischen Wissenschaften tätig sind, aber der Nachwuchs muss noch stärker gefördert werden. Auch ist die Rückkehrerquote der Auslandsstudenten immer noch nicht zufriedenstellend, obwohl sie sich in den letzten Jahren merklich verbessert hat. -st-